

Rezensionen

Bücher

Martin Kutscha

Rogosch, Patricia Maria: Die Einwilligung im Datenschutzrecht, Nomos Verlag 2013, 208 S., ISBN 978-3-8487-0074-5, 49,- Euro

Für die Datenverarbeitung nichtöffentlicher Stellen ist die Einwilligung der Betroffenen das zentrale gesetzliche Regulierungsinstrument. § 4a BDSG knüpft die Wirksamkeit dieser Einwilligung indessen an bestimmte Voraussetzungen: Sie muss „auf der freien Entscheidung des Betroffenen beruhen“ und auf der Grundlage einer Information der datenverarbeitenden Stelle über den vorgesehenen Zweck der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung erfolgen. In ihrer von Thomas Hoeren betreuten Münsteraner Dissertation weist Patricia Maria Rogosch im Einzelnen nach, dass dieses gesetzliche Regelungskonzept angesichts der heutigen Realität alltäglicher Massendatenverarbeitung die informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen kaum noch gewährleisten kann. Zunächst fehlt den meisten Nutzern angesichts überlanger und unbestimmter „Datenschutzerklärungen“ von Internetdienstleistern wie z. B. Facebook das Bewusstsein der konkreten Folgen ihrer Einwilligung (S. 71 ff.). Verwiesen wird des Weiteren darauf, dass die vom Gesetz verlangte Freiwilligkeit der Einwilligung wegen der Machtdisparität zwischen Betroffenen und datenverarbeitenden Stellen häufig nicht gegeben sei.

Den Schwerpunkt der Untersuchung bildet die Erörterung der verschiedenen Möglichkeiten des Gesetzgebers, das Institut der Einwilligung angesichts dieser Schwächen effektiver zu gestalten. So begrüßt die Autorin die Neufassung des Koppelungsverbots in § 28 III b BDSG, wonach die verantwortliche Stelle den Abschluss eines Vertrages dann nicht von der Einwilligung des Betroffenen abhängig machen darf, wenn diesem ein anderer Zugang zu gleichwertigen vertraglichen Leistungen nicht oder nicht in unzumutbarer Weise möglich ist (S. 87 f.). Des Weiteren wird für die Einführung einer generellen Opt-In-Regelung für formularmäßige Einwilligungen sowie für die Harmonisierung der Einwilligungsvoraussetzungen in den verschiedenen den Datenschutz betreffenden Gesetzen plädiert. Weniger überzeugend ist allerdings die Kritik an dem – nur einen engen Anwendungsbereich treffenden – Verbot der Einwilligung in § 28a II 4 BDSG (Übermittlung von Daten über die Verhaltensweisen von Kunden, die den jeweiligen Markt sondieren wollen, an Auskunftsteilen): Infolge dieses Ausschlusses, so Rogosch, könne der Bürger nicht mehr über sein Recht auf informationelle Selbstbestimmung verfügen. „Durch das Einwilligungsverbot schiebt der Staat der datenschutzrechtlichen Privatautonomie seiner Bürger einen Riegel vor.“ (S. 98). Hier verkennt die Auto-

rin, dass der Ausschluss der Einwilligung in dieser Situation gerade die Entscheidungsfreiheit z. B. des Bankkunden schützen soll. Die Warnung vor „staatlicher Bevormundung“ dient Wirtschaftskreisen nicht selten als wohlfeiles Argument zur Verhinderung staatlicher Regulierungsmaßnahmen angesichts des Machtungleichgewichts zwischen global agierenden Unternehmen und ihren Kunden.

Von diesem Kritikpunkt abgesehen, liefert die hier vorgestellte Untersuchung von Rogosch wertvolle Anregungen für die dringend notwendige Modernisierung des Datenschutzrechts insbesondere angesichts der Herausforderungen durch die ubiquitäre Nutzung des Internet.

Joachim Gruber

Lindner, Eric: Die datenschutzrechtliche Einwilligung nach §§ 4 Abs. 1, 4a BDSG – ein zukunftsfähiges Institut?, Verlag Dr. Kovac, Hamburg 2013, LVIII, 230 Seiten, 89,80 EURO, ISBN 978-3-8300-7011-5

Der Autor definiert als Ziel seiner Studie, einer von Ludwig Gramlich betreuten Chemnitzer Dissertation, „den Tatbestand, die Grenzen und Wechselwirkungen zu bereichsspezifischen Normen, aber auch die ‘Schwachstellen’ der datenschutzrechtlichen Einwilligung aufzuzeigen“ (S. 13). Darauf aufbauend will Lindner sowohl dem Gesetzgeber als auch den Betroffenen Anregungen geben, was im Umgang mit Daten geändert werden sollte.

Die Arbeit ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten, mit „Grundlagen“ überschriebenen Teil (S. 15 bis 84), werden – relativ knapp – die internationalen und europarechtlichen Aspekte des Datenschutzes beschrieben und dann die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Datenschutzes erläutert. Ferner wird die Umsetzung der Datenschutzrichtlinie im Hinblick auf die Einwilligung im BDSG 2001 sowie der Anwendungsbereich des BDSG erörtert.

Im zweiten Teil mit dem Titel „Die Einwilligung nach §§ 4 Abs. 1, 4a BDSG“ werden detailliert die Rechtsfragen rund um die Einwilligung untersucht. Dabei listet Lindner auch die Mindestangaben auf, welche AGB-Klauseln bezüglich der Einwilligung enthalten müssen (S. 187 ff.), und erklärt, welche Konsequenzen es hat, wenn die Einwilligung nicht wirksam erteilt wurde (S. 215 ff.). Eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse beschließt die Arbeit.

Lindner behandelt eine Vielzahl aktueller und praxisrelevanter Einzelfragen und stellt durchgehend überzeugende Überlegungen an. Das Buch ist auch gut lesbar; es hätte allerdings der Übersichtlichkeit gedient, wenn zwischen die Absätze sowie die Autorennamen im Literaturverzeichnis Leerzeilen eingeschoben worden wären.